

Antrags-Nr.: 1.1.5

Thema: Systemwechsel in der sozialen Daseinsvorsorge

Antragsteller: AWO BV Hannover e.V.

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Art, Umfang, Inhalte und Finanzierung der sozialen Daseinsvorsorge müssen politisch gesteuert werden und dürfen nicht Gegenstand einer Marktwirtschaft sein. Der AWO Bezirksverband Hannover e. V. fordert den AWO Bundesverband auf, sich diesbezüglich landes- und bundespolitisch für einen Systemwechsel in der sozialen Daseinsvorsorge einzusetzen und insbesondere darauf hinzuwirken, dass

1. Der über die derzeitige Ausgestaltung von Ausschreibungen geförderte Preiswettbewerb von Anbietern sozialer Dienstleistungen gestoppt wird.
2. Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge nicht an gewerbliche Anbieter übertragen werden.
3. Angebote der sozialen Daseinsvorsorge unter den tariflichen Rahmenbedingungen des öffentlichen Dienstes auskömmlich finanziert werden.
4. Bei der Vergabe von Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge kein Einbringen von Eigenanteilen der Leistungsanbieter gefordert wird.
5. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege ihrer Rolle als Mitbegründer des Sozialstaates entsprechend wieder als natürliche Partner des Staates in Fragen der sozialen Daseinsvorsorge verstanden werden.

Begründung:

In den vergangenen Jahrzehnten ist die soziale Daseinsvorsorge zunehmend den Mechanismen der Marktwirtschaft unterworfen worden. Politik und Verwaltung versprachen sich hiervon positive Entwicklungen hinsichtlich Kosten und Qualität. Tatsächlich wurden hierdurch einerseits prekäre Verhältnisse für Anbieter und Mitarbeiter*innen gefördert. In den wettbewerbsintensiven Feldern wie der Pflege oder auch der Berufshilfe lassen sich die negativen Folgen für die Arbeitsrahmenbedingungen, die Qualität der Angebote und letztendlich die Fachkräftegewinnung über die Jahrzehnte gut nachvollziehen.

Andererseits wurde durch die Anwendung der Mechanismen der freien Marktwirtschaft auf die soziale Daseinsvorsorge den negativen Begleiterscheinungen des Kapitalismus wie moralisch fragwürdige Handlungen, Nutzen von rechtlichen Lücken zur Vorteilmehrung und Gier auch in diesem Feld Tür und Tor geöffnet.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

41 In der sozialen Daseinsvorsorge einerseits Mechanismen der Marktwirtschaft an-
42 wenden zu wollen, Preiswettbewerb und Wachstum als Überlebensnotwendigkeit mit
43 allen Risiken für die verantwortlich handelnden Personen zu fördern und von densel-
44 ben Personen gleichzeitig die moralische staatstragende Integrität von Beamten und
45 ausschließliche Verpflichtung dem Gemeinwohl gegenüber zu verlangen, birgt einen
46 offensichtlich zu häufig nicht aufzulösenden Zielkonflikt in sich.
47 Daher fordern wir eine stärkere Regulierung und gleichzeitig Absicherung der Ange-
48 bote in der sozialen Daseinsvorsorge. Wenn sich die Gesellschaft politisch über Art,
49 Umfang, Inhalte und Finanzierung der Angebote verständigt und die Anbieter in ei-
50 nem vorgegebenen, entsprechend dem öffentlichen Dienst auskömmlichen und
51 gleichzeitig begrenzten Rahmen beauftragt, können prekäre Entwicklungen auf der
52 einen Seite und Auswüchse mit Bereicherungen und moralisch fragwürdigem Verhal-
53 ten mindestens sehr stark eingedämmt werden. Zudem würden wir eine höhere
54 Transparenz über die Verwendung von Mitteln der Steuerzahler und der Sozialversi-
55 cherungsträger erreichen, ebenso wie letztendlich auch eine stärkere Anbindung der
56 Angebote der sozialen Daseinsvorsorge an den öffentlichen Dienst.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an das Präsidium

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung